

Niederschrift

RAT/VIII/24

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 27.09.2012 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor
Branse, Martin
Eimers, Alfred
Espelkott, Tobias
Everding, Klara
Fedder, Ralf
Hemker, Leo
Isfort, Mechthild
Kreutzfeldt, Brigitte
Kreutzfeldt, Klaus-Peter
Lembeck, Guido
Mensing, Hartwig
Rahsing, Ewald
Reints, Hermann
Riermann, Günter
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubert
Steindorf, Ralf
Tendahl, Ludgerus
Weber, Winfried

Von der Verwaltung

Isfort, Werner	Kämmerer
Roters, Dorothea	Gleichstellungsbeauftragte
Wisner-Herrmann, Sabine	Schriefführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Meier, Frank
Meier, Lisa Margeaux
Schaten, Carina
Schenk, Klaus
Schubert, Franz
Wilde, Andreas

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 23:00 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 18. September 2012 form- und fristgerecht geladen wurde und der Rat trotz des Fehlens einiger Ratsmitglieder beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Bürgermeister Niehues sprach an dieser Stelle dem Ratsmitglied Espelkott nachträglich seinen Glückwunsch zur Geburt seiner Tochter im Juli 2012 aus.

Weiter teilte er mit, dass seitens der SPD-Fraktion kurz vor der Sitzung ein Antrag (**Anlage I**) vorgelegt worden sei, den TOP 9 ö.S. abzusetzen, da es keinen Leserbrief des *Fraktionsvorsitzenden Martin Branse*, wohl aber einen Leserbrief des *Bürgers Martin Branse* gebe.

Ratsmitglied Kreuzfeldt ergänzte, dass dieser Antrag allen Ratsmitgliedern in schriftlicher Form vorliege.

Bürgermeister Niehues verlas im Folgenden den SPD-Antrag und die Begründung dazu. Weiter erklärte er, dass er bisher nie auf Leserbriefe reagiert habe und auch weiterhin nicht die Absicht habe, dies zu tun. Er sei der Ansicht, dass es nicht Aufgabe des Rates sei, sich mit Leserbriefen zu befassen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte zum SPD-Antrag, dass die CDU-Fraktion der Berichterstattung der Allgemeinen Zeitung vertraue und nicht von einer verfälschten Darstellung ausgehe.

Zudem sei in der Geschäftsordnung der Gemeinde niedergelegt, dass der Fraktionsvorsitzende seine Fraktion vertrete und damit auch als Sprecher fungiere. Außerdem tauche in dem Leserbrief immer wieder das Pronomen „Wir“ auf. Entweder müsse damit die SPD-Fraktion gemeint sein oder aber Herr Branse spreche von sich neuerdings in der dritten Person.

Die CDU-Fraktion sei gegen die Absetzung des TOP 9 ö.S.

Bürgermeister Niehues ließ sodann über den **Antrag** der SPD-Fraktion, den TOP 9 ö.S. abzusetzen, **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis:

7 Ja Stimmen
11 Nein Stimmen
3 Enthaltungen

Der Antrag der SPD-Fraktion war damit **abgelehnt**.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)

1.1 Anfrage zur Einstellung von Schulsozialarbeitern nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz - Herr Hirtz

Herr Hirtz fragte, warum die Gemeinde Rosendahl noch nicht von der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht habe, Schulsozialarbeiter zu beschäftigen, die die Schüler bei der Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) unterstützen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Gemeinde Rosendahl die dafür notwendigen Mittel beim Kreis Coesfeld beantragt habe. Der Kreis habe angedacht, Mittel in Höhe von rd. 16.000 € dafür bereitzustellen.

Herr Hirtz fragte, warum die Gemeinde nicht die Möglichkeit genutzt habe, die Mittel bereits für dieses Jahr abzurufen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es sich um ein kompliziertes Antragsverfahren handele, dessen Aufwand bisher unvertretbar gewesen und daher unterblieben sei.

2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

2.1 Möglichkeiten zur Einstellung von Sozialarbeitern nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf verwies auf die Einwohneranfrage zur Einstellung von Schulsozialarbeitern nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz und fragte, warum seitens der Verwaltung darüber nicht im Schul- und Bildungsausschuss berichtet worden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es sich hierbei um ein Verwaltungsverfahren handele, bei dem der Kreis Coesfeld die Gemeinde beteiligt habe. Deswegen sei dieses Thema nicht Gegenstand des Schul- und Bildungsausschusses gewesen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf bat darum, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Schul- und Bildungsausschusssitzung zu setzen.

2.2 Vorlage eines Personalkonzeptes und Wiederbesetzung der Fachbereichsleiterstellen - Herr Weber

Fraktionsvorsitzender Weber fragte, ob es ein Konzept für eine neue Verwaltungsstruktur gebe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er den Ratsmitgliedern ein entsprechendes Konzept in absehbarer Zeit vorlegen werde. Im Moment sei es dafür noch zu früh. Das bedeute aber nicht, dass notwendige Entscheidungen im Rahmen der Personalplanung nicht getroffen würden. Als nächstes werde Herr Isfort, Kämmerer und

Fachbereichsleiter des Fachbereichs Finanzen, im Mai 2013 ausscheiden. Er beabsichtige daher, in Kürze eine interne Stellenausschreibung durchzuführen und dem Haupt- und Finanzausschuss im November einen Vorschlag zur Besetzung der Fachbereichsleiterstelle Finanzen vorzulegen. Er wies darauf hin, dass nach § 62 der Gemeindeordnung (GO) NRW der Bürgermeister das Recht habe, Stellenausschreibungen und -besetzungen vorzunehmen.

Die Stelle des Fachbereichsleiters Planen- und Bauen dagegen solle öffentlich ausgeschrieben und zum 1. Juni 2013 besetzt werden. Dadurch, dass er selbst bisher die kommissarische Leitung des Bauamtes übernommen habe, spare die Gemeinde momentan rd. 60.000 € im Jahr.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte weiter, ob es richtig sei, dass die Stellenbesetzung der Fachbereichsleiter unter die Hoheit des Rates falle.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass dies im Rahmen des Beamtenrechts zutreffend sei. Bei Angestellten dagegen sei der Bürgermeister zuständig.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte, ob es nach Meinung des Bürgermeisters innerhalb der Verwaltung geeignete Nachfolger für die Besetzung aller Fachbereichsleitungen gebe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es für alle Fachbereiche bis auf das Bauamt geeignete Nachfolger innerhalb der Verwaltung gebe.

Fraktionsvorsitzender Weber richtete daraufhin die Frage an Kämmerer Isfort, ob auch er der Meinung sei, dass es einen geeigneten Nachfolger für ihn innerhalb der Verwaltung gebe.

Kämmerer Isfort antwortete, dass er sich grundsätzlich nicht an der Diskussion um seine Nachfolge beteiligen wolle, er diese Frage aber mit einem eindeutigen „Ja“ beantworten könne.

2.3 Mögliche Profiländerungen innerhalb der Verwaltungsstruktur - Herr Lembeck

Ratsmitglied Lembeck fragte, ob auch innerhalb der Verwaltungsstruktur Profiländerungen geplant seien, wie z.B. die Reduzierung auf 3 Fachbereiche, da bei einer Beibehaltung der bisherigen Struktur keine Einsparungen erreicht werden könnten.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er davon ausgehe, dass mit einer Reduzierung der Fachbereiche von vier auf drei entsprechende Einsparungen erreicht werden könnten. Er sei sich dessen aber noch nicht ganz sicher, da auch die tarifrechtliche Bewertung der Leitungspositionen dabei eine Rolle spiele. Sollte durch die Reduzierung auf 3 Fachbereiche eine höhere Bewertung der einzelnen Fachbereichsleiterstellen erfolgen müssen, gebe es kaum Sparpotential.

Da aber Allgemeiner Vertreter und Fachbereichsleiter Gottheil frühestens im Jahr 2014 ausscheiden werde, sehe er momentan keine Notwendigkeit für ein schnelles Handeln. Es gehe im Moment nur um die Nachbesetzung der Fachbereichsleitung Finanzen im nächsten Jahr, sowie um die Besetzung der Fachbereichsleitung Planen- und Bauen. Er sehe kein Problem darin, dieses mit einer internen oder externen Ausschreibung zu regeln.

Ratsmitglied Lembeck monierte, dass dann eine Neubesetzung von Stellen erfolge, ohne zu wissen, wie die inhaltliche Auskleidung, sprich Aufteilung, der Fachbereiche, aussehe.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass er darin kein Problem sehe. Die Neubesetzung der Fachbereichsleitungen könne befristet für 2 Jahre auf Probe erfolgen, dies werde auch im Ausschreibungsprofil so formuliert. Auch der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) sehe vor, dass Führungspositionen auf Probe vergeben werden könnten.

2.4 Geplantes Personalkonzept - Herr Rahsing

Ratsmitglied Rahsing fragte ob es richtig sei, dass diese oder ähnliche Fragen zum Personalkonzept bereits vor einem Jahr an den Bürgermeister gerichtet worden seien.

Das wurde von Bürgermeister Niehues bestätigt, aber er verwies darauf, dass hier eine wichtige und schwierige Entscheidung zu treffen sei, die längere Zeit benötige. Anfang des nächsten Jahres werde er dem Rat mitteilen, wie er in Bezug auf die möglichen Änderungen in der Verwaltungsstruktur vorgehen wolle.

2.5 Beteiligung von Personalrat und Mitarbeitern an der Entwicklung des Personalkonzepts - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf fragte, ob die CDU-Fraktion die erste sei, die nach der Erstellung des Personalkonzepts frage oder ob der Personalrat und evtl. die Fachbereichsleiter bereits ebenfalls nachgefragt hätten.

Er fragte weiter, ob Bürgermeister Niehues möglicherweise plane, die gesamten Überlegungen und Entscheidungen zum Personalkonzept alleine zu treffen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass von Seiten der Gleichstellungsbeauftragten und vom Personalrat bereits Anfragen zum Personalkonzept gekommen seien. Ebenso sei das Thema in einer Fachbereichsleiterbesprechung besprochen worden, wobei es verschiedene Meinungen gegeben habe. Er wolle in Ruhe über mögliche Veränderungen in der Verwaltungsstruktur nachdenken und werde dem Rat das Ergebnis zu gegebener Zeit mitteilen. Er könne nicht in einer öffentlichen Sitzung seine Überlegungen äußern. Dies führe nur zu Unruhe bei den Verwaltungsmitarbeitern, die alle gute Arbeit leisteten.

2.6 Querung der Straße "Elsen" im Ortsteil Osterwick durch Schulkinder am Mittag - Frau Everding

Ratsmitglied Everding wies darauf hin, dass viele Grundschul Kinder am Mittag die Straße „Elsen“ direkt im Kreuzungsbereich Droste-Hülshoff-Weg/Elsen vor der Feuerwehr überquerten, anstatt die vorgesehene Querungshilfe zu nutzen. Dies habe bereits mehrfach zu gefährlichen Verkehrssituationen geführt. Sie bat darum, die Lehrkräfte der Grundschule darüber zu informieren und darum zu bitten, von Seiten der Schule nochmals auf diese Gefahrenstelle hinzuweisen.

Bürgermeister Niehues sagte eine Weiterleitung an den Schulleiter, Herrn Middelberg, zu.

2.7 Brandschutzkonzept für den Bahnhof Darfeld - Herr Reints

Ratsmitglied Reints verwies auf die Inbetriebnahme des Cafés im Darfelder Bahnhof, das vom Darfelder Heimatverein betrieben werde und fragte, ob es richtig sei, dass für die beantragte Nutzungsänderung des Gebäudes ein Brandschutzkonzept vom Kreis Coesfeld gefordert werde.

Dies wurde von Bürgermeister Niehues bejaht.

Ratsmitglied Reints zeigte sich irritiert darüber, dass noch in der HFA-Sitzung am 13. September 2012 über dieses Thema diskutiert worden sei, ohne zu einem konkreten Ergebnis zu kommen und jetzt quasi durch die Inbetriebnahme des Cafés Fakten geschaffen würden.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Forderung nach einem Brandschutzkonzept vom Kreis Coesfeld ausgehe. Eine Nutzungsänderung für den Bahnhof sei nur mit der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes zu erreichen. Momentan finde der Cafébetrieb nur auf der Außenterrasse statt, dies sei aber bald nicht mehr möglich.

Ratsmitglied Reints war der Ansicht, dass dadurch „Nägel mit Köpfen“ gemacht würden und der Rat nur noch die Möglichkeit habe, dieses Vorgehen nachträglich zu beschließen. Er wies darauf hin, dass der Nutznießer der Nutzungsänderung mit den Erlösen aus der Terrassenbewirtschaftung der Heimatverein Darfeld sei. Seiner Ansicht nach sollte man darüber nachdenken, den Heimatverein auch an den entstehenden Kosten für das Brandschutzkonzept zu beteiligen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass man wohl über eine Kostenbeteiligung nachdenken könne, er sich aber nicht vorstellen könne, dass dieses vom Heimatverein „gestemmt“ werden könne.

2.8 Namensschild für das Jugendhaus im Ortsteil Osterwick - Frau Everding

Ratsmitglied Everding wies darauf hin, dass am neuen Jugendhaus im Ortsteil Osterwick noch immer die alten Schilder angebracht seien, so dass das Jugendhaus von außen nicht erkennbar sei. Ferner gebe es noch immer einige Kabel, die lose aus der Wand heraushingen.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass er gehört habe, dass die Jugendlichen selbst die Gestaltung eines Schildes für das Jugendhaus planen.

Ratsmitglied Kreuzfeldt ergänzte, dass Presbyter Schrage aus Osterwick bestätigt habe, dass die Jugendlichen an der Gestaltung eines Schildes für das Jugendhaus arbeiteten, das zwischen den Fenstern der oberen und unteren Etage angebracht werden solle.

2.9 Brandschutzkonzept für den Bahnhof Darfeld - Herr Eimers

Ratsmitglied Eimers erkundigte sich, wann mit der Erstellung des Brandschutzkonzeptes für den Bahnhof Darfeld gerechnet werden könne.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass dafür erst Mittel im Haushalt 2013 veranschlagt werden müssten. Zurzeit befinde sich das Café in einem geduldeten Testbetrieb. Das Gesundheitsamt des Kreises Coesfeld habe sich aber schon angemeldet, um die Hygienebedingungen zu überprüfen.

Ratsmitglied Eimers wunderte sich darüber und fragte, ob dieser Punkt möglicherweise bei der Planung für den Generationenpark vergessen worden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der offizielle Betrieb des Cafés erst im nächsten Frühjahr anlaufen solle und er davon ausgehe, dass entsprechende Mittel bis dahin zur Verfügung stünden.

Ratsmitglied Barenbrügge machte den Vorschlag, anstelle des Bahnhofsinnenraumes alternativ einen Container zu nutzen und damit Kosten zu senken.

Bürgermeister Niehues sagte zu, diesen Vorschlag weiterzugeben.

Fraktionsvorsitzender Steindorf zeigte sich besorgt darüber, wer bei einem Testbetrieb des Cafés die Haftung für evtl. Schadensfälle übernehmen müsse.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass der Café-Betrieb nur im Erdgeschoss stattfinden würde, wo kein Rettungsweg fehle.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass ihm noch immer nicht klar sei, warum die Gemeinde Rosendahl überhaupt eine Nutzungsänderung für das Bahnhofsgebäude beantrage.

Bürgermeister Niehues erklärte noch einmal, dass der Café-Betrieb vom Heimatverein eine Nutzungsänderung darstelle, die vom Kreis Coesfeld genehmigt werden müsse. Dafür fordere der Kreis ein Brandschutzkonzept, das sich insbesondere auf das Obergeschoss des Bahnhofs beziehe, da hier kein zweiter Fluchtweg vorhanden sei. Es gehe also um Veranstaltungen, die im Obergeschoss stattfänden. Die Gemeinde Rosendahl werde nicht um die Erstellung eines Brandschutzkonzeptes herum kommen.

Ratsmitglied Reints erklärte, dass es als Alternative noch die Möglichkeit gebe, das gesamte Bahnhofsgebäude zu schließen.

Dem stimmte Bürgermeister Niehues grundsätzlich zu, hielt dies aber für kaum durchführbar, da davon viele Veranstaltungen im kulturellen Bereich betroffen wären.

Ratsmitglied Eimers stellte fest, dass das im Erdgeschoss betriebene Café doch zwei Fluchtwege aufweisen könne.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass für den reinen Cafébetrieb kein Brandschutzkonzept notwendig sei, wohl aber für die Nutzung des Obergeschosses für kulturelle Veranstaltungen.

2.10 Geplantes Personalkonzept - Herr Mensing

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies auf die zuvor gestellten Anfragen zum Personalkonzept. Bürgermeister Niehues habe zu Recht auf den § 62 GO NRW verwiesen, der ihn berechtige, Entscheidungen über Stellenbesetzungen zu treffen. Er fragte, ob Bürgermeister Niehues sich nicht doch vorstellen könne, den Rat bei diesen Entscheidungen mit „ins Boot“ zu holen. Letztendlich müsse der Rat den Stellenplan beschließen. Das geplante Personalkonzept könne nur funktionieren, wenn der Rat zuvor die dafür notwendigen Stellen beschließe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er eine Einbindung des Rates zu gegebener Zeit nicht ablehne. Wenn er ein kostengünstiges Konzept erstelle, könne das nicht vom Rat abgelehnt werden. Zudem sei nicht die Rede davon, zusätzliche Stellen einzurichten.

Ratsmitglied Everding zitierte an dieser Stelle aus der Gemeindeordnung, wonach die Politik bei Personalentscheidungen zwar nachfragen dürfe, bei konkreten Entscheidungen aber nicht zuständig sei.

3 Bericht aus anderen Gremien

Es wurde kein Bericht aus anderen Gremien vorgetragen.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Kämmerer Isfort berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Ratssitzung am 5. Juli 2012.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Niehues schlug an dieser Stelle vor, die Beratung des TOP 14 ö.S. vorzuziehen, da dazu viele Zuhörerinnen und Zuhörer erschienen seien, die man nicht so lange warten lassen solle und ließ darüber **abstimmen**:

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	19 Ja Stimmen
	2 Nein Stimmen

5 Wieder- und Umbesetzung von freigewordenen ordentlichen und stellvertretenden Ausschusssitzen in den Ratsausschüssen der Gemeinde Rosendahl Vorlage: VIII/432

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/432.

Ratsmitglied Riermann fragte, ob man nicht über die folgenden Tagesordnungspunkte 5 bis 8 ohne das Verlesen der jeweiligen Beschlussvorschläge abstimmen könne.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die anwesenden Bürgerinnen und Bürgern einen Informationsanspruch hätten, der das Verlesen des Beschlussvorschlages notwendig mache.

Ratsmitglied Mensing wies auf einen redaktionellen Fehler auf der Seite 2 der Sitzungsvorlage unter Punkt 4 „Rechnungsprüfungsausschuss“ hin. Hier müsse es auch im Text „Rechnungsprüfungsausschuss“ und nicht „Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss“ heißen.

Bürgermeister Niehues bedankte sich für den Hinweis und bat die Ratsmitglieder, eine entsprechende Änderung in ihren Unterlagen vorzunehmen.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Die Ausschüsse werden wie folgt neu besetzt:

1. Haupt- und Finanzausschuss

Für das ausgeschiedene Ratsmitglied Manuel Deitert (bisher Platz 1 der Vertreterliste) wird Herr Leo Hemker als stellvertretendes Mitglied in den Haupt- und Finanzausschuss gewählt. Die bisherigen Vertreter rücken zunächst auf, Herr Hemker rückt an die 8. Stelle der CDU-Vertreterliste.

2. Schul- und Bildungsausschuss

Für das ausgeschiedene Ratsmitglied Manuel Deitert wird Herr Ewald Rahsing, bisher stellvertretendes Mitglied im Schul- und Bildungsausschuss, als ordentliches Mitglied in den Schul- und Bildungsausschuss gewählt.

Herr Leo Hemker wird als stellvertretendes Mitglied in den Schul- und Bildungsausschuss gewählt. Die Vertretung wird an der Stelle wahrgenommen, die zuvor Herr Rahsing innehatte (Platz 8 der CDU-Vertreterliste).

3. Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss

Für das ausgeschiedene Ratsmitglied Manuel Deitert wird Herr Leo Hemker als stellvertretendes Mitglied in den Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss gewählt. Die bisherigen Vertreter rücken zunächst auf, Herr Hemker rückt an die 8. Stelle der CDU-Vertreterliste.

Für die ausgeschiedene sachkundige Bürgerin Daniela Kemler wird Herr Gerhard Lanksch als stellvertretendes Mitglied in den Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss gewählt. Die Vertretung wird an der Stelle wahrgenommen, die auch Frau Kemler innehatte (Platz 2 der WIR-Vertreterliste).

4. Rechnungsprüfungsausschuss

Für das ausgeschiedene Ratsmitglied Manuel Deitert wird Herr Leo Hemker als stellvertretendes Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt. Die Vertretung wird an der Stelle wahrgenommen, die auch Herr Deitert innehatte (Platz 8 der CDU-Vertreterliste).

5. Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

Ein Nachfolger für Herrn Deitert als stellvertretendes Mitglied wird nicht gewählt. Die bisherigen Vertreter ab der 6. Stelle rücken entsprechend auf.

6. Ver- und Entsorgungsausschuss

Für das ausgeschiedene Ratsmitglied Manuel Deitert wird Herr Leo Hemker als stellvertretendes Mitglied in den Ver- und Entsorgungsausschuss gewählt. Die Vertretung wird an der Stelle wahrgenommen, die auch Herr Deitert innehatte (Platz 8 der CDU-Vertreterliste).

7. Wahlprüfungsausschuss

Für die ausgeschiedene sachkundige Bürgerin Daniela Kemler wird Herr Gerhard Lanksch als ordentliches Mitglied in den Wahlprüfungsausschuss gewählt.

Für das ausgeschiedene Ratsmitglied Manuel Deitert wird Herr Leo Hemker als stellvertretendes Mitglied in den Wahlprüfungsausschuss gewählt. Die Vertretung wird an der Stelle wahrgenommen, die auch Herr Deitert innehatte (Platz 6 der CDU-Vertreterliste).

8. Wahlausschuss

Für die ausgeschiedene sachkundige Bürgerin Daniela Kemler wird Herr Gerhard Lanksch als ordentliches Mitglied in den Wahlausschuss gewählt.

Für das ausgeschiedene Ratsmitglied Manuel Deitert wird Herr Leo Hemker als stellvertretendes Mitglied in den Wahlausschuss gewählt. Die Vertretung wird an der Stelle wahrgenommen, die auch Herr Deitert innehatte (Platz 2 der CDU-Vertreterliste).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6 Wiederbesetzung eines freigewordenen stellvertretenden Sitzes in der Verbandsversammlung des Schulzweckverbandes Legden Rosendahl
Vorlage: VIII/436**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/436.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag und fasste folgenden **Beschluss**:

Für das ausgeschiedene ordentliche Mitglied Manuel Deitert wird der bisherige persönliche Stellvertreter, Ratsmitglied Alfred Eimers, zum ordentlichen Mitglied in die Verbandsversammlung des Schulzweckverbandes Legden Rosendahl gewählt.

Ratsmitglied Leo Hemker wird als persönlicher Stellvertreter von Ratsmitglied Alfred Eimers in die Verbandsversammlung des Schulzweckverbandes Legden Rosendahl gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7 Neubestimmung eines zweiten stellvertretenden Ausschussvorsitzenden für den Schul- und Bildungsausschuss
Vorlage: VIII/437

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/437.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag und fasste folgenden **Beschluss**:

Ratsmitglied Ewald Rahsing wird zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Schul- und Bildungsausschusses bestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8 Bestellung von Vertretern für die Gesellschafterversammlung der "Netzgesellschaft Rosendahl mbH"
Vorlage: VIII/438

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/438.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag und fasste folgenden **Beschluss**:

Ratsmitglied Leo Hemker wird zum ordentlichen Mitglied und Ratsmitglied Guido Lembeck zu seinem persönlichen Vertreter für die Gesellschafterversammlung der „Netzgesellschaft Rosendahl mbH“ bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ausschussmitglied Riermann war zu dieser Abstimmung nicht anwesend.

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies darauf, dass der soeben gewählte sachkundige Bürger Gerhard Lanksch anwesend sei und fragte, ob es möglich sei diesen direkt zu verpflichten, damit er kurzfristig auch die nichtöffentlichen Informationen für die Rats- und Ausschussarbeit erhalten könne.

Bürgermeister Niehues bejahte dieses und bat Herrn Lanksch sowie alle Anwesenden sich zu erheben.

Herr Lanksch sprach sodann die folgende Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Anschließend hieß Bürgermeister Niehues Herrn Lanksch herzlich willkommen und wünschte ihm eine erfolgreiche Arbeit als sachkundiger Bürger der Gemeinde Rosendahl.

**9 Antrag der CDU-Fraktion vom 21. August 2012 zum Leserbrief des SPD-Fraktionsvorsitzenden Martin Branse vom 21. August 2012
Vorlage: VIII/458**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/458.

Fraktionsvorsitzender Branse und Ratsmitglied K.-P. Kreuzfeldt verließen den Saal.

Ratsmitglied B. Kreuzfeldt verfolgte die Sitzung vom Zuschauerraum aus weiter.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass die CDU-Fraktion seit dem Jahr 2004 an den „Leserbriefschlachten“ von Herrn Branse nicht teilgenommen habe. In dem letzten Leserbrief allerdings habe Herr Branse von Bestechung und Korruption sowie weiteren rechtswidrigen Handlungen gesprochen. Insbesondere Bestechung und Korruption gehöre zu den Kapitalverbrechen, die zwingend aufgeklärt werden müssten. Zudem habe Herr Branse bereits selbst die Kommunalaufsicht informiert, so dass er davon ausgehe, dass auch Herr Branse an einer Aufklärung der Sach- und Tatbestände interessiert sei, falls seine Vorwürfe begründet seien. Er habe als Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion bereits Anfragen aus den Nachbargemeinden und deren Bürgermeistern bekommen, die ebenfalls um Aufklärung der Vorwürfe gebeten hätten.

Ratsmitglied Eimers bedauerte, dass Herr Branse schon vor dem Beginn der Diskussion den Saal verlassen habe, da er ihm seine Gedanken und Überlegungen zu diesem „Fall“ gerne persönlich mitgeteilt hätte.

Herr Branse habe zwei Leserbriefe geschrieben von denen einer explizit als „Fraktionsvorsitzender“ unterzeichnet worden sei. Darin bringe er die CDU-Fraktion mit Begriffen wie „Nötigung“, „rechtswidrigen Forderungen“ und sogar „Bestechung“ in Verbindung. So etwas sei möglicherweise als „Stammtischgeschwafel“ hinnehmbar, nicht aber von einem Ratsmitglied.

Im zweiten Leserbrief, diesmal nur mit „Martin Branse“ unterzeichnet, seien die Beleidigungen weiter gegangen, bis letztendlich der Rat der Gemeinde Rosendahl als unfähig bezeichnet worden sei.

Damit habe Herr Branse alle Grenzen des menschlichen Miteinanders überschritten. Zu allen im Raum Anwesenden falle ihm spontan eine positive Sache, eine Idee oder Kritik ein, die die Gemeinde Rosendahl in der laufenden Ratsperiode vorgebracht habe, nur bei der SPD-Fraktion und insbesondere bei Herrn Branse müsse er sehr lange überlegen. Seit zweieinhalb Jahren höre und lese man von Herrn Branse nichts als verquaste Tiraden ohne erkennbaren und verstehbaren Inhalt.

Er selbst habe sich als Ratsmitglied der Kommunalpolitik zur Verfügung gestellt, um ehrenamtlichen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten, nicht um sich grundlos beschimpfen zu lassen und sei der Ansicht, dass die ausgesprochenen Beleidigungen mit den Mitteln der Demokratie unterbunden werden müssen.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte mit, dass er gerne wüßte, wie die anderen Mitglieder der SPD-Fraktion zu den besagten Leserbriefen stünden.

Der mit „Fraktionsvorsitzender“ Branse unterzeichnete Leserbrief sei am 21. August 2012 abgedruckt worden. Bis zur heutigen Sitzung sei weder ein Widerspruch der Fraktion wegen der angeblich falschen Unterzeichnung noch eine Richtigstellung der Redaktion der Allgemeinen Zeitung erfolgt. Zudem nutze Herr Branse in seinem Text immer wieder das Personalpronomen „Wir“, so dass man durchaus davon ausgehen könne, dass er damit die Mitglieder der SPD-Fraktion meine und nicht als Familienoberhaupt für seine Familie spreche.

Auch er finde es bedauerlich, dass Herr Branse es vorgezogen habe, den Saal zu verlassen. Bisher hätten alle Ratsmitglieder auch in unangenehmen Situationen weiter an der Sitzung teilgenommen und sich Fragen und evtl. Anschuldigungen gestellt.

Die verbliebenen Ratsmitglieder applaudierten an dieser Stelle.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass seiner Ansicht nach Frau Kreuzfeldt weiter an der Sitzung teilnehme, auch wenn sie diese vom Zuschauerraum aus verfolge. Er richte daher an dieser Stelle die Frage an sie, wie sie zu den Leserbriefen ihres Fraktionsvorsitzenden stehe.

Ratsmitglied B. Kreuzfeldt beantwortete diese Frage nicht.

Fraktionsvorsitzender Branse und Ratsmitglied K.-P. Kreuzfeldt betraten den Sitzungssaal und nahmen im Zuschauerraum Platz.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass er dagegen gewesen sei, sich mit dem Antrag der CDU-Fraktion zu beschäftigen. Herr Branse habe seiner Ansicht nach in vielen Dingen durchaus Recht, aber durch die Art und Weise in der er sie vortrage, mache er sich keine Freunde.

Er selbst fühle sich durch den Leserbrief von Herrn Branse nicht beleidigt, da auch er selbst gerne mal „austeile“ und dies anderen ebenso zugestehen wolle.

Ratsmitglied Rahsing bat um eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wurde um 20:17 Uhr für 10 Minuten unterbrochen.

Fraktionsvorsitzender Weber bat die Kontrahenten, eine Klärung der Situation in der Öffentlichkeit mit den Mitteln der Demokratie herbeizuführen.

Ratsmitglied Espelkott riet dazu, auch provozierende Leserbriefe einfach kommentarlos stehen zu lassen. Er habe den Eindruck, als ob der Wahlkampf für das Jahr 2014 bereits begonnen habe.

Ratsmitglied Everding erklärte, dass viele Politiker für die Bürger nicht mehr glaubwürdig seien. Sie gab Herrn Branse mit auf den Weg, darüber nachzudenken

Fraktionsvorsitzender Mensing gab Herrn Weber Recht darin, dass die Kontrahenten ihre Diskussion in Zukunft öffentlich führen sollten. Die Möglichkeit, sich in der öffentlichen Ratssitzung am heutigen Tage auseinander zu setzen habe ja auch bestanden. Leider habe es allerdings eine Seite vorgezogen, dem aus dem Weg zu gehen.

Nach kurzer Erörterung ließ Bürgermeister Niehues sodann über den Antrag der CDU-Fraktion **abstimmen**:

Vor der Abstimmung nahmen die Mitglieder der SPD-Fraktion wieder am Sitzungstisch Platz und somit wieder aktiv an der Sitzung teil.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja Stimmen
10 Nein Stimmen
1 Enthaltung

Der Antrag war damit **abgelehnt**.

**10 Antrag der CDU-Fraktion vom 11. September 2012;
hier: Beantragung der Mitgliedschaft der Gemeinde Rosendahl in der KGSt
und anschließende Beauftragung eines Organisations- und Verwaltungsstrukturgutachtens
Vorlage: VIII/459**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/459.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass die CDU-Fraktion den mit der Sitzungsvorlage vorgelegten Antrag nicht ohne Grund gestellt habe. Die Konstellation des Rates bestehe seit drei Jahren und es seien in dieser Zeit immer wieder Nachfragen der Ratsmitglieder bezüglich der geplanten Nachfolgeregelung für die auscheidenden Fachbereichsleiter gestellt worden. Die Antworten des Bürgermeisters seien ähnlich wie heute gewesen, ohne dabei konkret zu werden.

Allerdings habe sich die Ansicht des Bürgermeisters, der noch vor zwei Jahren keine Kompetenz für die Besetzung der Fachbereichsleiterstellen im eigenen Hause gesehen habe, inzwischen offenbar geändert, da er beabsichtige, eine interne Stellenausschreibung für die Stelle der Fachbereichsleitung Finanzen durchzuführen. Die CDU-Fraktion habe inzwischen erfahren, dass es unter den Mitarbeitern der Verwaltung einen großen Motivationsschwund gebe, auch aus dem Grunde, dass kein Konzept existiere, das zukünftige Perspektiven für die Mitarbeiter eröffne. Weiter habe die CDU-Fraktion wahrgenommen, dass zukünftig in der Gemeinde Rosendahl nicht mehr ausgebildet werde.

Im Rahmen der Stellenreduzierung hätten die Mitarbeiter des Bauhofs feststellen müssen, dass die Reduzierung ihrer Personalkapazität doch zu enormen Schwierigkeiten führe, da die eingeplante Mitarbeit der Bürger nicht so statfinde wie gewünscht. Insgesamt finde auch kaum noch eine Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen statt. Man habe den Eindruck, der Bürgermeister mache und entscheide alles alleine.

Die Gemeindeprüfungsanstalt habe bereits mehrfach zu einer externen Prüfung der Verwaltungsstruktur der Gemeinde Rosendahl aufgefordert. Obwohl die CDU-Fraktion den § 62 der GO NRW akzeptiere und keinesfalls vorhabe, den Bürgermeister zu entmachten, sehe sie doch die Notwendigkeit, durch die Erstellung eines externen Gutachtens Sicherheit für das Verwaltungspersonal und die Bürger zu schaffen.

Momentan sei es so, dass durch den Bürgermeister Fakten geschaffen würden, die der Rat später nur noch „abnicken“ könne. Mehr als 12 Personen aus der Verwaltung hätten den Antrag der CDU-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Er habe im Vorfeld mit mehreren Firmen gesprochen, wobei die Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGSt) die besten Referenzen biete. Die CDU-Fraktion wünsche eine zeitnahe Umsetzung ihres Antrags, insbesondere im Hinblick auf die zu besetzende Position des Kämmerers im Jahr 2013. Eine interne Ausschreibung könne er nicht befürworten und plädiere daher für eine offizielle Ausschreibung. Er wolle nicht die Kompetenzen des Bürgermeisters beschneiden, habe aber den Eindruck, dass es notwendig sei, diesen Weg zu gehen, zumal ein künftiger Nachfolger auch noch Zeit benötige, um sich einzuarbeiten.

Er schlage daher vor, eine Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) einzuberufen, zu der ein Mitarbeiter der KGSt eingeladen werde, natürlich im Konsens mit dem Bürgermeister.

Er richtete die Frage an Kämmerer Isfort, ob es möglich sei, die entstehenden Kosten für eine Mitgliedschaft in der KGSt noch in den heute einzubringenden Nachtragshaushalt eingearbeitet werden könnten.

Kämmerer Isfort erklärte, dass dies grundsätzlich möglich sei, dass aber bei dem geplanten Umfang der Mitgliedschaft und anschließenden Beauftragung eines Gutachtens eine haushaltsrechtliche Ermächtigung notwendig werde. Diese könne durchaus erfolgen, aber das Haushaltssicherungskonzept (HSK) müsse man dabei

unbedingt im Auge behalten. Möglicherweise entstehe eine Ergebnisbelastung im Jahr 2013, aber keine Belastung des HSK, weil es sich um einen einmaligen Aufwand handele.

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass auch der Nachtragshaushalt zunächst vom Kreis genehmigt werden müsse. Er gehe davon aus, dass dies wahrscheinlich erst zum Jahresende möglich sein werde. Vorher könne jedoch kein Auftrag erteilt werden, so dass eine Umsetzung der Forderungen der CDU-Fraktion im Jahr 2012 ohnehin nur theoretisch diskutiert werde. Bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2013 könne darüber beraten werden, Mittel für ein externes Gutachten bereit zu stellen.

Ratsmitglied Kreuzfeldt wandte sich an Herrn Steindorf und erklärte, dass er die Äußerung „man habe wahrgenommen, dass nicht mehr ausgebildet werde“ befremdlich finde, da dies ein gemeinsamer Beschluss des Rates gewesen sei.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass er nach wie vor den Antrag der CDU-Fraktion aufrecht erhalten wolle und daher vorschlage, eine zusätzliche HFA-Sitzung am 15. Oktober 2012 anzuberaumen.

Ratsmitglied Riermann teilte mit, dass er sich schwer damit tue, evtl. 25.000 € für ein Gutachten auszugeben, von dem man nicht wissen könne, welches Ergebnis es bringe. Möglicherweise ergebe sich daraus, dass man mehr Stellen einrichten müsse und dann bekomme man ein neues Problem.

Fraktionsvorsitzender Branse machte deutlich, dass der Stellenplan zwar vom Rat beschlossen werde, die Besetzung der Stellen aber dem Bürgermeister obliege. Natürlich müsse man sich einig sein, dass der Haushalt konsolidiert werden müsse. Er habe allerdings den Eindruck, dass viele Ratsmitglieder Sparvorschlägen nicht positiv gegenüber stünden, wenn die Gefahr bestehe, dass damit Wählerstimmen verloren gehen könnten. Die SPD-Fraktion könne dem Antrag der CDU-Fraktion nicht viel abgewinnen und sehe keinen Sinn darin, weitere Gutachten in Auftrag zu geben.

Fraktionsvorsitzender Mensing wies darauf hin, dass der Beschlussvorschlag vorsehe, den Antrag an den HFA zu verweisen. Die aktuelle Diskussion sei hier fehl am Platz und gehöre in den HFA.

Fraktionsvorsitzender Weber wandte sich an den Bürgermeister und machte deutlich, dass dieser seiner Ansicht nach die gesamte Diskussion hätte vermeiden können, wenn er frühzeitig den Rat in seine Pläne und Überlegungen einbezogen hätte.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es nicht möglich sei, schon 2 Jahre im Voraus zu bestimmen, wer in Zukunft welche Stelle besetze. Solche Entscheidungen müssten zu gegebener Zeit erfolgen. Ebenso die Frage, ob die Verwaltung in Zukunft in drei oder vier Fachbereiche gegliedert werde. Das bedeute aber nicht zwangsläufig, dass dafür mehr Personal benötigt werde. Er weise nochmals darauf hin, dass die Organisation der Verwaltung und Personalentscheidungen in seiner Kompetenz liegen und es dem Rat nicht zustehe, daran mitzuwirken. Wohl habe der Rat einen Anspruch auf Information. Dem werde er gerecht, indem er Stellen ein halbes Jahr vor der geplanten Besetzung ausschreibe und dem Rat dann mitteile, wer für die Besetzung in Frage komme.

Die Stelle von Kämmerer Isfort werde in Kürze intern ausgeschrieben, so dass er im November bereits Namen nennen könne. Die Stelle des Bauamtsleiters werde Anfang des nächsten Jahres ausgeschrieben. Da es sich dabei um eine A 13 Stelle handele, liege diese Stellenbesetzung in der Kompetenz des Rates. Es handele sich hier um völlig normale Prozesse und er halte die „Panik“ des Rates in Bezug auf die

Stellenbesetzungen für völlig unangebracht.

Er könne jetzt allerdings schon sagen, dass er beabsichtige, zwei der freiwerdenden Fachbereichsleiterstellen mit Frauen zu besetzen, da es seit über 40 Jahren im Rathaus nur männliche Fachbereichsleiter gegeben habe.

Ratsmitglied Schulze Baek verwies auf den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, wonach evtl. drei Fachbereiche für die Gemeindeverwaltung Rosendahl ausreichend seien. Falls eine entsprechende Änderung in Frage komme, müsse man doch vorher darüber nachdenken wie diese umgesetzt werden könne. Auch er halte es für sinnvoll, sich dazu Hilfe von außen zu holen, da man als involvierte Person doch schnell „betriebsblind“ werden könne.

Er sei der Ansicht, dass es zu spät sei, wenn der Bürgermeister Stellen erst ein halbes Jahr vor der notwendigen Besetzung ausschreibe und dann den Rat informiere.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass ein anderes Vorgehen nicht möglich sei. Man könne doch Stellen nicht doppelt besetzen. Bei einer internen Ausschreibung könnten die ausgewählten Mitarbeiter sich langsam in den neuen Bereich einarbeiten. Der Rat erwecke den Eindruck, als ob „das Rathaus zusammenbreche“. Er betonte, dass es genügend gutes Personal „in der zweiten Reihe“ gebe. Es habe bisher keine Versäumnisse gegeben und die lasse er sich auch jetzt nicht vorwerfen. Im Übrigen halte er die im Antrag der CDU-Fraktion vorgeschlagene Vorgehensweise für rechtswidrig.

Ratsmitglied Reints bat darum, den Antrag an den HFA zu verweisen und dort weiter zu diskutieren.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er kein Problem damit habe, im nächsten Jahr gemeinsam zu überlegen, ob und welche Firma man evtl. mit einem Gutachten über die Verwaltungsstruktur beauftrage. Man könne Vergleichsangebote von verschiedenen Firmen einholen und dann darüber diskutieren. Die KGSt erstelle nur Gutachten für große Verwaltungen und er könne schon jetzt sagen, dass er mit der KGSt nicht einverstanden sei. Es komme nicht in Frage, dass die Fraktionen, wie in dem CDU-Antrag vorgeschlagen, vorab Gespräche mit der KGSt führen und dann den weiteren Weg vorgeben wollten.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass er auf die deutlichen Emotionen des Bürgermeisters nicht reagieren wolle. Dieser habe das Prinzip der vertrauensvollen Zusammenarbeit in Frage gestellt und das habe zum Antrag der CDU-Fraktion geführt. Er nehme seine Aufgaben als Fraktionsvorsitzender wahr und lasse sich nicht vorschreiben, mit wem er über bestimmte Fragestellungen spreche. Zudem sei sichergestellt, dass die KGSt auch kleinere Kommunen bewerte.

Fraktionsvorsitzender Branse fragte Bürgermeister Niehues, mit welchem Recht er sich zum Richter machen könne. Er sei nach der bisherigen Diskussion fast schon geneigt, dem Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen. Der Gemeinderat könne so viele Gutachten in Auftrag geben, wie er wolle. Das Entscheidungsrecht über Stellenbesetzungen bleibe allerdings beim Bürgermeister.

Fraktionsvorsitzender Mensing drängte auf eine Abstimmung über die Verweisung des Antrags an den HFA. So wie er Herrn Steindorf verstanden habe, solle dafür eine zusätzliche HFA-Sitzung anberaumt werden. Er fragte, ob es möglich sei, in dieser Sitzung dann auch den Nachtragshaushalt zu beraten.

Kämmerer Isfort hielt dies für sinnvoll, da der Nachtragshaushalt unverzüglich zu erlassen sei.

Gleichstellungsbeauftragte Roters machte Bürgermeister Niehues darauf aufmerk-

sam, dass der von Herrn Steindorf zu Beginn gewünschte Termin am 15. Oktober 2012 in den Herbstferien liege.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es nicht möglich sei, eine Sitzung in den Ferien zu terminieren. Er werde einen geeigneten Termin nach den Herbstferien festsetzen.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja Stimmen
3 Nein Stimmen

Ratsmitglied Söller bat nach der Abstimmung ausdrücklich um eine möglichst zeitnahe Terminierung.

Bürgermeister Niehues sagte eine Prüfung der möglichen Termine zu.

**11 Zuleitung des Entwurfes des Gesamtabchlusses 2010 gemäß § 116 GO NRW in Verbindung mit § 96 GO NRW
Vorlage: VIII/461**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/461.

Kämmerer Isfort erläuterte anhand einer Power Point Präsentation (**Anlagell**) den zur aktuellen Sitzung zugeleiteten Gesamtabchluss der Gemeinde Rosendahl für das Haushaltsjahr 2010.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Der in der Sitzung des Rates am 27.09.2012 zugeleitete Gesamtabchluss (sog. Konzernabschluss) für das Haushaltsjahr 2010 wird gemäß § 116 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) an den Prüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12 Zuleitung des Entwurfes des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2011 der Gemeinde Rosendahl gemäß § 95 GO NRW
Vorlage: VIII/460**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/460.

Kämmerer Isfort erläuterte anhand einer Power Point Präsentation (**Anlage III**) den Jahresabschluss der Gemeinde Rosendahl für das Haushaltsjahr 2011.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Der in der Sitzung des Rates am 27.09.2012 zugeleitete Entwurf der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2011 der Gemeinde Rosendahl wird gemäß §§ 59 Abs. 3 und 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13 1. Nachtragshaushaltsatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 sowie Anpassung der 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2010 - 2014
Vorlage: VIII/462

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/462.

Kämmerer Isfort erläuterte anhand einer Power Point Präsentation (**Anlage IV**) den zugeleiteten Entwurf für den Nachtragshaushalt 2012. Er erläutert die gesetzlichen Grundlagen und erklärte, dass allein Mindereinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer zur Aufstellung eines Nachtragshaushalts geführt hätten, wobei sich die Lage nach seiner Mitteilung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 2. Juni 2012 inzwischen noch dreimal weiter verschlechtert habe, aktuell sogar noch am heutigen Tage, so dass er diese Zahlen nicht mehr in den Nachtragshaushalt habe einarbeiten können.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Der in der Sitzung des Rates am 27.09.2012 zugeleitete Entwurf der 1. Nachtragshaushaltsatzung und des 1. Nachtragshaushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2012 der Gemeinde Rosendahl sowie der Entwurf der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2010 – 2014 werden gemäß § 81 in Verbindung mit 59 Abs. 2 GO NRW zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14 Zustimmung des Schulträgers zum schulspezifischen Anforderungsprofil für die auszuschreibende Rektor/innenstelle an der Antonius-Grundschule Darfeld
Vorlage: VIII/443

Dieser TOP wurde vor dem Tagesordnungspunkt 5 beraten.

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/443. Er teilte mit, dass in dem als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Anforderungsprofil für die Stellenausschreibung an drei Stellen kleine Korrekturen notwendig geworden seien. Das aktualisierte Anforderungsprofil liege allen Ratsmitgliedern vor und werde der Niederschrift beigefügt (**Anlage V**).

Ratsmitglied Reints fragte, wer das Anforderungsprofil formuliert habe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass das Anforderungsprofil von den Mitgliedern der Schulkonferenz erarbeitet worden sei.

Ratsmitglied Kreuzfeldt teilte mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Er verwies hierzu auf den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, der empfehle, den Schulstandort Darfeld wegen zurückgehender Schülerzahlen aufzugeben. Trotz der dann anfallenden Schülertransportkosten könnten so Einsparungen in Höhe von rd. 130.000 € erzielt werden. Würde die Schule nicht geschlossen, müsse jeder Schüler im Jahr mit rd. 1.500 € subventioniert werden.

Fraktionsvorsitzender Mensing wunderte sich, dass die SPD-Fraktion, die in der vorherigen Ratssitzung einen Antrag auf Zusammenlegung der Rosendahl Grundschulen gestellt habe, nun gar eine Schließung des Schulstandortes Darfeld favorisiere.

Fraktionsvorsitzender Branse verwies auf den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, der zu diesem Thema eindeutig Stellung beziehe und empfahl Herrn Mensing, den Bericht noch einmal genau zu lesen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, um den Bestand der Grundschule in Darfeld abzusichern.

Fraktionsvorsitzender Weber teilte mit, dass er zwar Herrn Branse grundsätzlich Recht gebe, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aber in diesem Fall für den Beschlussvorschlag und damit für den Erhalt des Schulstandortes Darfeld stimmen werde.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Die Gemeinde Rosendahl als Schulträgerin stimmt der Ausschreibung der Stelle der Schulleiterin oder des Schulleiters an der Antonius-Grundschule Darfeld gemäß § 61 Abs. 1 Satz 1 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen unter Zugrundelegung des schulspezifischen Anforderungsprofils zu.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja Stimmen
3 Nein Stimmen

15 Beschluss über das energiepolitische Arbeitsprogramm der Gemeinde Rosendahl im Rahmen des European Energy Award®
Vorlage: VIII/444

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Ver- und Entsorgungsausschusses am 19. September 2012.

Fraktionsvorsitzender Branse trug im Folgenden ein vorformuliertes Statement vor, das der Niederschrift beigelegt ist (**Anlage VI**).

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass er schon in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses dafür plädiert habe, den Begriff „Bürgerwindräder“ nicht mehr zu benutzen, da es in Rosendahl definitiv keine wirklichen „Bürgerwind-

räder“ geben werde.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass der Beschluss zur Erstellung des Leitbildes für den European Energy Award® möglicherweise keine rechtliche Bewandnis habe, aber im Gegensatz zu allen anderen Kommunen gebe es in Rosendahl einen Konsens in Bezug auf das Thema Windkraft. Die rechtliche Bewandnis habe nichts mit der eigentlichen Preisvergabe zu tun. Die CDU-Fraktion halte es daher für unsinnig, an dieser Stelle aus der Bewerbung für den European Energy Award® auszusteigen.

Fraktionsvorsitzender Branse teilte mit, dass es den Ratsmitgliedern bereits aus anderen Verfahren genügend bekannt sein müsse, welche Bedeutung die schriftliche Fixierung von Zielen und Absichten habe. In diesem Verfahren werde sehr viel Geld bewegt und er weise darauf hin, dass die Ratsmitglieder sich bewusst machen sollten, was sie tun.

Der Rat folgte dem Vorschlag des Ver- und Entsorgungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das in der Sitzung des Ver- und Entsorgungsausschusses am 07. Dezember 2011 durch das Büro infas enermetric GmbH, Emsdetten, im Rahmen des Projektes „European Energy Award®“ vorgestellte Energiepolitische Arbeitsprogramm (EAP) wird beschlossen. Aus dem EAP wurde für die vergangenen Jahre und für 2012 ein Maßnahmenplan extrahiert. Die für die Umsetzung dieser als vorrangig eingestuften Maßnahmen notwendigen Haushaltsmittel wurden/werden – soweit verfügbar – in den jeweiligen Haushaltsjahren bereitgestellt. Die Umsetzung der Projekte wird in den beschriebenen Zeiträumen durch das Energieteam koordiniert.

Zu dem Maßnahmenplan wird das der Sitzungsvorlage Nr. VIII/444 beigefügte „Aktivitätenprogramm zum Leitbild der Gemeinde Rosendahl“ beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja Stimmen
6 Nein Stimmen
3 Enthaltungen

- 16 **3. vereinfachte Änderung der Außenbereichssatzung für einen Teilbereich der Bauerschaft "Varlar" im Ortsteil Osterwick gemäß § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)**
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 13 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/447

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 26. September 2012.

Der Rat folgte dem Vorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die 3. vereinfachte Änderung der Außenbereichssatzung für einen Teilbereich der Bauerschaft „Varlar“ im Ortsteil Osterwick gemäß § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch

(BauGB) wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10 und 13 BauGB und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/447 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 17 **46. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Darfeld (Bereich "Am Spielberg")**
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: VIII/448

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 26. September 2012.

Ratsmitglied Riermann verwies auf die neue Planzeichnung für den Flächennutzungsplan, bei der der Spielplatz nicht mit einem Planzeichen dargestellt sei, stattdessen aber an dieser Stelle mit den Ziffern 4 („Änderung von *Grünfläche* mit der Zweckbestimmung *Spielplatz in Wohnbaufläche*“) und 5 („Aufhebung der überlagernden Darstellung *Schutzflächen die von der Bebauung freizuhalten sind*“) gekennzeichnet werde. Er fragte, ob dies eine fehlerhafte Darstellung sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es sich hierbei lediglich um eine unscharfe Darstellung handle, der eigentliche Spielplatz sei im neuen Plan mit „Sp.pl“ dargestellt.

Ratsmitglied Riermann fragte, ob die Gefahr bestünde, dass der Plan bei evtl. Einwänden wegen dieser Darstellung erneut ausgelegt werden müsste.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass ein Flächennutzungsplan lediglich die Nutzungsarten von Flächen ausweise und er nicht davon ausgehe, dass es hier zu Problemen oder Einwänden von Betroffenen kommen werde.

Der Rat folgte sodann dem Vorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss:**

Den der Sitzungsvorlage Nr. VIII/448 zu den Anlagen I und II beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Der der Sitzungsvorlage Nr. VIII/448 beigefügte geänderte Planentwurf mit dem Entwurf der Begründung einschließlich Umweltbericht sowie die umweltbezogenen Stellungnahmen und das Gutachten über die ehemalige Hausmülldeponie „Am Spielberg“ werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB **erneut** öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 18 Aufstellung des Bebauungsplanes "Am Spielberg" im Ortsteil Darfeld hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: VIII/449**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 26. September 2012. Er teilte mit, dass heute Morgen noch ein Planfehler aufgefallen sei. Ein sehr schmaler Grundstücksstreifen, der zum Haus Nr. 24 gehöre, sei versehentlich in die Planänderung einbezogen worden. Der Planer habe den Planentwurf entsprechend geändert. Der geänderte Entwurf liege den Ratsmitgliedern vor, werde aber auch der Niederschrift beigefügt (**Anlage VII**).

Der Rat folgte dem Vorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/449 zur Anlage I beigefügten Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Der der Sitzungsvorlage Nr. VIII/449 beigefügte geänderte Planentwurf mit dem Entwurf der Begründung einschließlich Umweltbericht sowie die umweltbezogenen Stellungnahmen und das Gutachten über die ehemalige Hausmülldeponie „Am Spielberg“ werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB **erneut** öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja Stimmen
3 Nein Stimmen

- 19 5. Änderung des Bebauungsplanes "Haus Holtwick" im beschleunigten Verfahren gemäß §13a Baugesetzbuch (BauGB) hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: VIII/451**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 26. September 2012.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/451 zur Anlage I beigefügten Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Der der Sitzungsvorlage Nr. VIII/451 beigefügte geänderte Satzungsentwurf, bestehend aus Satzungstext, Begründung einschließlich Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung und Planzeichnungen wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB **erneut** öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**20 8. Änderung des Bebauungsplanes "Hiddings Esch" im Ortsteil Osterwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 und 13a Baugesetzbuch sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: VIII/453**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 26. September 2012.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 8. Änderung des Bebauungsplanes „Hiddings Esch“ im Ortsteil Osterwick wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB auf Grundlage des der Sitzungsvorlage Nr. VIII/453 beigefügten Satzungsentwurfes, bestehend aus Satzungstext, Begründung und Planzeichnungen, durchgeführt.

Gemäß § 13a in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB wird die öffentliche Auslegung der Planunterlagen beschlossen.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB in Verbindung mit § 13a Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**21 1. Änderung des Bebauungsplanes "Ziegelei" im Ortsteil Osterwick
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Beschluss zur vorgezogenen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB
Vorlage: VIII/452**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 26. September 2012.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Ziegelei“ im Ortsteil Osterwick wird gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zurzeit geltenden Fassung für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/452 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB werden durchgeführt.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

22 Mitteilungen

22.1 Änderung des Sitzungskalenders

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der Sitzungskalender geändert worden sei, weil Rektor Barkowsky-Pokart darum gebeten habe, die Sitzung der Verbandsversammlung der Verbundschule Legden Rosendahl auf einen späteren Termin zu verlegen. Das Konzept für die zukünftige Sekundarschule sei noch nicht ganz fertig gewesen. Da es insbesondere vom Lehrerkollegium mitgetragen und an die Eltern vermittelt werden solle, sei eine ganztägige Konferenz geplant, um darüber zu beraten.

Die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses sei anberaumt worden, weil im Rahmen der Gründung der Sekundarschule wahrscheinlich eine Neuausschreibung für die Schülerbeförderung erfolgen müsse.

Ferner werde auf der Tagesordnung der Gesetzesentwurf zur Klassenrichtzahl in Grundschulen stehen, wonach Gemeinden nur noch eine bestimmte Anzahl von Klassen bilden dürfen. Bei Inkrafttreten des Gesetzes müsse in Zukunft der Schulträger die Bildung der Klassen festlegen, wobei es passieren könne, dass je nach den Anmeldezahlen in den einzelnen Schulen z.B. ein Schüler aus Darfeld in Osterwick beschult werden müsse.

Hierzu sollte vom Schul- und Bildungsausschuss ein Vorratsbeschluss gefasst werden.

22.2 Einladung zur Einweihung des Generationenparks Haus Holtwick

Bürgermeister Niehues wies auf die Einladung zur Einweihung des Generationenparks Haus Holtwick und des Backhauses des Heimatvereins Holtwick e.V. am 7. Oktober 2012 hin, die alle Ratsmitglieder auch in schriftlicher Form erhalten hätten. Auch alle interessierten Bürger seien hierzu eingeladen.

22.3 Initiativkreis zur Gründung einer Bürgerstiftung

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass ein Initiativkreis zur Gründung einer Bürgerstiftung gebildet worden sei, in dem Bürgerinnen und Bürger aus allen drei Ortsteilen der Gemeinde Rosendahl vertreten seien.

Unter anderem habe sich der Initiativkreis mit der Satzung, insbesondere der Zweckbestimmung der Bürgerstiftung beschäftigt. Über die weitere Arbeit werde er zu gegebener Zeit berichten.

23 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Die Sitzung wurde anschließend für eine Pause von 22:35 Uhr bis 22:42 Uhr unterbrochen.

Niehues
Bürgermeister

Wisner-Herrmann
Schriftführerin